Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u. Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — — — Erscheint an jedem Werktag — — — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 214 | **Sonnabend, den 13. September 1930** | **82. Jahrgang**

Abmarsch des Saar-Bahnschutzes

Militärische Besetzung durch Frankreich bei Unruhen vereinbart

Genf. Der Völkerbundrat hat am Freitag beschlossen, den internationalen Bahnschutz im Saargebiet und die Eisenbahnkommission innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten aufzulösen. Der Berichterstatter für Saarfragen, der italienische Senator Scialoja, erstattete Bericht über die Verhandlungen, die zwischen der deutschen und französischen Regierung stattgefunden haben und die jetzt zu der vorliegenden Einigung geführt haben. Danach hat der vom Völkerbundrat am 10. September eingesetzte Ausschuß an die Saarregierung die Frage gerichtet, ob die Saarregierung in der Lage sei, entsprechend dem Versailler Vertrag den Transport- und den Transitverkehr im Saargebiet zu sichern und unter welchen Bedingungen.

Die Saarregierung hat folgende Antwort erteilt:

Die Saarregierung erklärt sich in der Lage, die Verantwortung für die Sicherheit des Transportes und des Transits auf den Eisenbahnen des Saargebiets im Fall einer Zurückziehung des internationalen Bahnschutzes in folgender Weise zu übernehmen:

1. Die Saarregierung wird bei Ausbildung und Zusammensetzung der lokalen Gendarmerie der Notwendigkeit des Schutzes des Transports und des Transits im Saargebiet besonders Rechnung tragen. 2. Die Saarregierung wird die Bildung eines besonderen Organismus vornehmen, für den die einleitenden Schritte bereits ergriffen sind, um vom technischen Standpunkt aus die Sicherheit des Transports und Transits zu gewährleisten. 3. Für den Fall von Unruhen hat sich die Saarregierung bereits das Recht vorbehalten.

in Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages die notwendigen militärischen und technischen Kräfte

kommen zu lassen, um den Eisenbahnverkehr aufrecht erhalten zu können.

Auf Grund dieser Stellungnahme der Saarregierung legte Scialoja dem Völkerbundrat eine Entschließung vor, in der festgestellt wird, daß diese Maßnahmen innerhalb einer Höchstfrist von 3 Monaten durchgeführt werden können. Angesichts dieses Tatbestandes beschließt daher der Völkerbundrat, den Bahnschutz und die Eisenbahnkommission aufzuheben.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

gab dann folgende Erklärung ab: Mit Befriedigung begrüße ich, daß durch diese Regelung ein Zustand geschaffen sein wird, der den Wünschen der Saarregierung entspricht. Zu dem dritten Punkt der Stellungnahme der Saarregierung hat Dr. Stresemann seinerzeit im Völkerbundrat bereits den deutschen Rechtsstandpunkt eingehend dargelegt. Es erübrigt sich mithin, auf diese Frage hier einzugehen.

Der französische Außenminister gab dann eine Erklärung ab, wonach die französische Regierung in den bisherigen Verhandlungen des Völkerbundrats in der Saarfrage bereits den Standpunkt vertreten habe, daß es sich hierbei um Maßnahmen zur Sicherung des Transports und des Transits auf den Eisenbahnen des Saargebiets handelt. Zu dem dritten Punkt der Stellungnahme der Saarregierung wünsche er sich jetzt nicht auf eine Auslegung der Bestimmungen einzulassen. Die Verhandlung des Völkerbundrats in der Saarfrage war damit beendet. Es handelt sich beim französischen Bahnschutz um 250 Mann.

Die deutsche Delegation zur Neuregelung der Saarfrage.

Zu dem Beschluß des Völkerbundsrates über die Zurückziehung des Bahnschutzes im Saargebiet wird seitens der deutschen Delegation u. a. folgendermaßen Stellung genommen:

Der Beschluß des Völkerbundsrates bedeutet die endgültige Zurückziehung der letzten noch auf deutschem Boden stehenden alliierten Truppen, die spätestens mit dem 1. Januar 1931 das Saargebiet zu verlassen haben. Die Interalliierte Bahnschutzkommission wird ebenfalls aufgehoben. Die Sicherung des Transit- und des Transportverkehrs geht nunmehr ausschließlich auf die Saarregierung über, die durch die örtlichen Gendarmeriebehörden die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen hat.

Die Entscheidung des Völkerbundrates vom Jahre 1926, in der im Falle von Unruhen der Saarregierung das Recht zugestanden wurde, fremde Streitkräfte ins Land zu rufen, wird durch die neue Entscheidung dahin abgeändert, daß die Saarregierung im Falle von Unruhen das Recht erhält, in Verfolg des ihr nach dem Versailler Vertrag zustehenden Auslegungsrechts militärische und technische Kräfte zur Sicherung des Verkehrs kommen zu lassen.

Die Saarregierung hat damit das Recht, auch deutsche Kräfte, nötigenfalls deutsche Schutzpolizei, zum Schutze des Saargebietes anzufordern. Innerhalb der Saarregierung hat das deutsche Mitglied die Möglichkeit der Anforderung deutscher Kräfte ausdrücklich festgestellt. Der deutsche und der französische Außenminister haben übereinstimmend hervorgehoben, daß ein Fall, in dem die Heranziehung von fremden Kräften zur Verstärkung der Gendarmerie notwendig wäre, voraussichtlich niemals eintreten wird.

Für ein Verbleiben Calonders.

Gemeinsamer Antrag von Curtius und Zaleski beim Völkerbund.

Dr. Curtius und der polnische Außenminister Zaleski haben in einem gemeinsamen Schreiben beim Völkerbundsrat beantragt, den Präsidenten der deutsch-polnischen Schiedskommission in Oberschlesien, Calonder, zu einer Zurücknahme seines Rücktrittsgesuches zu veranlassen.

Ueber den Antrag wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Rates entschieden werden. Man erwartet, daß der Völkerbundsrat einstimmig Calonder im Hinblick auf seine großen Verdienste in Oberschlesien ersuchen wird, weiterhin dem Völkerbund zur Verfügung zu stehen. Ob Calonder diesem Ersuchen stattgeben wird, ist jedoch noch ungewiß.

Der unfertige Völkerbundsbau.

Scharfe Kritik an den Mißerfolgen der Völkerbundsarbeit.

Genf. Die Vollversammlung des Völkerbundes setzte am Freitag die Aussprache fort. Vor Beginn der Aussprache teilte der Präsident des Völkerbundes, Titulescu, mit, daß die deutsche Delegation den Antrag gestellt habe, die Minderheitenfrage auf die Tagesordnung zu setzen und dem Politischen Ausschuß zu überweisen. Außerdem hat die holländische Delegation den Antrag gestellt, die Abrüstungsfrage als solche im Politischen Ausschuß zur Debatte zu stellen.

In der Generalaussprache übte der holländische Außenminister Beelarts scharfe Kritik an der bisherigen

Erfolglosigkeit der Völkerbundsarbeit.

Er führte den Nachweis, daß auf den verschiedenen politischen und wirtschaftspolitischen Gebieten wenig befriedigende Ergebnisse und sogar vielfach Mißerfolge zu verzeichnen seien. Vor allem seien die Arbeiten auf dem Gebiet der Abrüstung trotz jahrelanger Verhandlungen noch keinen Schritt vorwärtsgekommen. Die Londoner Flottenkonferenz stelle einen Teilerfolg dar. Im November dieses Jahres müsse im Abrüstungsausschuß endlich eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Der langsame Fortgang der Völkerbundsarbeiten ähnele dem heute immer noch nicht in Angriff genommenen Bau des Völkerbundpalais. Auch dort sei dem ersten Baustein kein weiterer zugefügt worden. Auf dem Gebiet der Minderheitenfrage müsse jetzt die Wirksamkeit der Madrider Ratsbeschlüsse nachgeprüft werden.

Aenderungen innerhalb des Völkerbundsekretariats seien notwendig.

Die Initiative Briands in der Paneuropafrage werde von der holländischen Regierung begrüßt. Ein Erfolg werde jedoch nur möglich sein, wenn das Gefühl für die internationale Zusammengehörigkeit der Völker lebendig werde.

Der dänische Außenminister Munch trat für Beschleunigung der Abrüstungsarbeiten und die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz im nächsten Jahre ein. Im Namen der Regierungen von Holland, Schweden, Norwegen, der Schweiz, Estland, Lettland, Finnland und Dänemark brachte Munch eine Entschließung ein, in der die Versammlung aufgefordert wird, den Völkerbundsrat damit zu beauftragen, die vom Völkerbund bereits unternommenen theoretischen Studien über die Tragweite und die Bedeutung der Meistbegünstigungsklausel bei Zöllen zu vertiefen und zu beschleunigen mit dem Ziele, über die Bedeutung der Meistbegünstigungsklausel ein internationales Auslegungsabkommen abzuschließen.

Das Wichtigste

Der Völkerbundsrat beschloß am Freitag einstimmig, den internationalen Bahnschutz im Saargebiet sowie die Eisenbahnkommission innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten aufzulösen.

Griechenland wurde am Freitag von einem leichten Erdbeben heimgesucht, dessen Zentrum Korinth war. Im ganzen wurden zwölf, teils schwächere, teils stärkere Erschütterungen beobachtet. Erdbebenschäden sind bisher nicht gemeldet.

Am Freitagvormittag hat sich ein Ausbruch des Vulkans Asama in Japan ereignet. Die Bevölkerung flieht in wildem Schrecken. Da weitere Ausbrüche des Vulkans befürchtet werden, wurden außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen.

Ein letztes Wort!

Dr. M. Jetzt soll die Entscheidung fallen. Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt überschritten, kein Wähler kann sich beklagen, daß er nicht durch Reden oder Schriften, durch Wort oder Bild genügend aufgeklärt sei. Es war eine rege Wahlpropaganda, eine teuere Propaganda, denn Wahlstimmung machen kostet schweres Geld. Die Parteien haben ihre Schuldigkeit getan, die Redner sind von Ort zu Ort gezogen und haben gepredigt. Es gibt wohl keinen Ort im Deutschen Reiche, den sie nicht erreichten, und keinen Menschen, dem es nicht möglich gewesen wäre, sich irgendwelche Wahlreden anzuhören. Die Wahlredner, die Aufklärungstrupps der großen Wahl, haben ihre Arbeit getan. Jetzt hat die Masse der Wähler das Wort. Jetzt muß die große Armee derer, denen das Wahlrecht zusteht, in den Kampf. Es ist genügend darauf hingewiesen worden, daß Wahlrecht Wahlpflicht ist, aber in letzter Stunde soll es noch einmal eingehämmert werden, daß der Gang zur Wahlurne die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Deutschen ist, der sein Vaterland liebt.

Wählen ist keine Spielerei, es ist ein ernster, unheimlich ernster Akt für den, der den Sinn der Wahl im tiefsten Grunde begriffen hat. Seine Stimme abgeben, seinen Stimmzettel in die Wahlurne versenken, heißt sich der Verantwortung bewußt sein, die man übernimmt. Wehe dem, der leichtfertig handelt, der nur wählt, um zu wählen. Er beweist, daß er noch nicht begriffen hat, worum es geht; er gibt zu erkennen, daß er den furchtbaren Ernst der Stunde nicht erkannt hat und daß er an dem Schicksal seines Vaterlandes nicht teilnimmt. Wir haben schon eine ganze Reihe von Wahlen hinter uns, aber keine fiel in eine so schwere Zeit wie diese Wahl am 14. September. Noch nie nach dem Kriege kämpfte unser Volk so um sein Leben und seine Existenz. Es scheint fast, als sei unser Elend auf dem Gipfelpunkt angelangt. Fast sieht es so aus, als könnte es uns gar nicht mehr schlechter gehen, wenn wir daran denken, daß das Heer der Arbeitslosen nahezu drei Millionen beträgt, wenn wir sehen, daß zahllose Fabrikschlote nicht mehr rauchen, daß der Bauer von seiner Scholle flieht, weil ihn die Not der Zeit vernichtet hat. Wir haben einen Tiefstand des Elends erreicht, der uns voll Grauen an den nahen Winter denken läßt. Denn wir wissen, daß gegen Ende des Jahres die Arbeitslosenziffern meist weiter wachsen, und wir haben es erlebt, daß dann wieder Tausende von Existenzen zertrümmert werden, die sich erst allmählich und nach Zeiten furchtbarster Sorge oder auch gar nicht wieder aufrichten lassen.

Aber es ist dem Charakter des Volkes nicht gegeben, daß es jammernd die Hände in den Schoß legt und mit offenem Auge dem Untergang entgegengeht. Man sagt uns nach, daß wir ein zähes, arbeitswilliges, um unseren Platz an der Sonne kämpfendes Volk sind, das sich nicht unterkriegen läßt, wenn es auch noch so schlimm kommt. Uns kann keiner helfen, wenn wir uns nicht selbst helfen. Unser Schicksal liegt zuletzt allein in unserer Hand. Wie wir es fügen, so wird es sich gestalten. Das zu erkennen und danach zu handeln, ist die Pflicht eines jeden deutschen Staatsbürgers. Da sage niemand, daß er nicht helfen kann, daß er doch nichts dazu tun kann und daß alles seinen Weg geht, ohne daß er gefragt wird. Nein, unser Volk hat die Geschicke seiner Heimat selbst in die Hand genommen. Mag es sich würdig erweisen der Aufgabe, die es übernommen hat. Ein jeder Bürger baut am Gebäude des Staatsganzen, und ein jeder hat Gelegenheit mitzutun. Die Wahl ist eine solche Gelegenheit, sie ist in der Verfassung als der Zeitpunkt und die Möglichkeit gedacht, an denen und durch die jeder Bürger seinen Willen bekunden soll. Deshalb ist es eine sittliche Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, zur Urne zu gehen und mit dem Wahlzettel seinen Willen auszudrücken. Wer diesen Wahlakt ungenutzt vorübergehen läßt, der stellt sich außerhalb der Gemeinschaft der Staatsbürger, der verzichtet freiwillig darauf, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau unseres

SLUB
Wir führen Wissen.